

Rede von Franz Josef Strauß (31. August 1954)

Legende: Am 31. August nimmt Franz Josef Strauß, Bundesminister für besondere Aufgaben, über den Südwestfunk Stellung zur politischen Lage. Er geht dabei besonders ein auf die Rolle der Sowjetunion im Zusammenhang mit der negativen Abstimmung über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 02.09.1954, Nr. 164. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_franz_josef_straue_31_august_1954-de-83af6bd4-b1a7-470c-a7d3-ba2540ade9b5.html

Publication date: 25/10/2012

Rede von Franz Josef Strauß (31. August 1954)

Die französische Nationalversammlung hat den EVG-Vertrag praktisch abgelehnt. Die erste Frage für uns lautet: Hat hier wirklich Frankreich gesprochen? Nach arithmetischer Rechnung hat sich eine klare Mehrheit so entschieden. Aber diese Mehrheit ist zustande gekommen, weil 100 kommunistische Abgeordnete dabei den Ausschlag gegeben haben; d. h. die von Moskau ferngesteuerte Kommunistische Partei Frankreichs hat im französischen Parlament den Ausschlag zu einer Entscheidung gegeben, deren Folgen und deren Tragweite noch nicht zu übersehen sind, am allerwenigsten für Frankreich.

Man muß sorgfältig französische und andere Pressestimmen studieren, und man wird begreifen, was geschehen ist. Die kommunistische Parteizeitung in Frankreich mit dem bezeichnenden Titel „L'Humanite“ (Menschlichkeit) bejubelt mit allsagenden Worten den Sieg des französischen Volkes und des Friedens. Die Moskauer „Prawda“ berichtet triumphierend über die Ablehnung der EVG und schreibt: „Nach Bekanntgabe des Resultates erhoben sich alle EVG-Gegner und sangen gemeinsam die Marseillaise“. Radio Ost-Berlin erklärt, daß nun der Weg frei sei zum wahren Glück der europäischen Völker. Im Pariser „Figaro“ lesen wir, daß der Sieg der Kommunisten vollständig ist. Der wahrlich nicht deutschfreundlich eingestellte „Franc Tireur“ meint, daß eine bunt zusammengewürfelte Koalition alle Hoffnungen auf eine europäische Erneuerung beerdigt und den Weg ins Unbekannte, wenn nicht zum Abenteuer, freigemacht habe.

Wir haben diesen Pressestimmen nichts hinzuzufügen. Fassen wir das Ergebnis ruhig in dem Satz zusammen: Die sowjetische Politik hat durch die Entscheidung der französischen Nationalversammlung seit Kriegsende ihren größten politischen Erfolg errungen. Es ist bedauerlich, daß der französische Ministerpräsident nicht sein ganzes Prestige aufgeboten hat, um die Durchführung der EVG-Debatte in der Pariser Kammer herbeizuführen. Weder Reynaud noch Pinay, noch Schuman, noch Faure sind zu Worte gekommen, um für den EVG-Vertrag zu sprechen. Ein französischer Abgeordneter hat die Frage gestellt, ob Mendès-France seine weitere Außenpolitik auf den Stimmen der Kommunisten aufbauen will.

Der EVG-Vertrag entspringt einem französischen Plan, den nicht nur Plevén, sondern auch der heute fanatische EVG-Gegner und frühere Verteidigungsminister Jules Moch gemeinsam entworfen und vertreten haben. Der EVG-Vertrag ist nicht nur von französischen Unterhändlern unterschrieben und von der französischen Regierung feierlich unterzeichnet worden, auch alle von Frankreich nachträglich verlangten zusätzlichen Protokolle sind zugestanden worden. Großbritannien und die USA haben die von Frankreich geforderten Garantien gegeben. Der deutsche Bundeskanzler hat sich schweren Herzens mit der von Frankreich vor der Ratifizierung verlangten europäischen Saarlösung einverstanden erklärt. All das hat stattgefunden in der Amtsperiode der gleichen Nationalversammlung, die jetzt den EVG-Vertrag durch Anwendung eines Kunstgriffes der Parlamentsgeschäftsordnung begraben hat. Viele Franzosen sind der Meinung, die „Figaro“ zum Ausdruck bringt, wenn er schreibt, man schäme sich darüber.

An dieser Stelle muß ich eine weitere Frage stellen. In der französischen Zeitung „Express“, welche die Politik des französischen Ministerpräsidenten vertritt und die von seinen politischen Ratgebern maßgeblich gesteuert wird, findet sich unter dem 21. August 1954 folgende Darstellung der außenpolitischen Ziele der gegenwärtigen französischen Regierung. Es heißt dort, es gäbe nur eine einzige brauchbare Politik, nämlich von den Sowjets zu erreichen, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im ganzen Lande zulassen. Wenn sie sich im Interesse des Friedens damit abfinden würden, so wäre das ein großer Sieg für den Westen. Es bestünde kein Zweifel darüber, daß dann das kommunistische Regime in Ostdeutschland zusammenbrechen würde. Zu diesem Zweck müßte man den Sowjets als Preis die gemeinsame Kontrolle der Wiederbewaffnung Deutschlands vorschlagen. So hätten sie, die Sowjets, eine ernsthafte Garantie, daß sich keine neue deutsche Angriffsarmee gegen sie bilden würde. Doch würde es sich keineswegs um eine Neutralisierung Deutschlands handeln, das im Gegenteil fest mit dem Westen verbunden sein müßte.

Das heißt doch mit anderen Worten: Man muß den Sowjets eine Kontrolle über ganz Deutschland gewähren und dann trotzdem dieses Deutschland mit dem Westen verbinden. Man will also sozusagen eine sowjetische Lizenz für die Art und Weise, wie Deutschland in Zukunft seine Außenpolitik einrichten darf.

Wenn das keine Neutralisierung ist, dann wissen wir nicht mehr, was Neutralisierung eigentlich bedeutet. Ich frage: Ist das wirklich die Politik der gegenwärtigen französischen Regierung?

Wir erinnern uns daran, daß die Wiederbewaffnung nicht einem deutschen Wunsch entspringt. Der Plan für eine Wiederbewaffnung Deutschlands ist ausschließlich dadurch akut geworden, daß die aggressive und imperialistische Politik der Sowjets, während die Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Zustand der Ohnmacht abgerüstet haben, es verstanden hat, ganz Osteuropa und große Teile Asiens zu unterjochen. Die Einbeziehung Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem ist der Erkenntnis entsprungen, daß eine wirksame Verteidigung Europas nur durch Einschluß Deutschlands erreicht werden kann und daß ohne ein wirksames Verteidigungssystem andererseits keine diplomatischen Lösungen mit den Sowjets ausgehandelt werden können.

Die Sowjets haben bewiesen, daß sie die letzten sind, die in einer Konferenz Zugeständnisse machen, wenn ihre Verhandlungspartner nicht über eine konkrete militärische Macht verfügen. Nun will das dem französischen Ministerpräsidenten nahestehende Organ die Sowjets an der Kontrolle über den deutschen Verteidigungsbeitrag beteiligt wissen, wenn überhaupt ein solcher noch gewünscht und nicht ganz andere, noch weitergehende Ziele ins Auge gefaßt werden. Das heißt doch praktisch, daß die Sowjets in einer gemeinsamen Kontrollinstanz sitzen sollen, und daß sie damit Einblick und Einfluß im ganzen westlichen Verteidigungssystem erhalten sollen. Nicht nur, daß von einer Gleichberechtigung Deutschlands unter diesen Umständen keine Rede mehr sein könnte. Die Sowjets würden damit auch eine Kontrolle über das Ruhrgebiet und militärischen Zugang zur Nordsee erlangen. Das würde aber nichts anderes bedeuten, als daß die italienische Regierung in ihrem heroischen Kampf gegen den Kommunismus geschwächt und gleichzeitig die skandinavische Nordflanke der europäischen Verteidigung ausgeschaltet würde.

Sowjetische Hoffnung auf Zerfall der westlichen Welt

Die Sowjets könnten das ganze westliche Verteidigungssystem lahm legen und ohne das geringste Risiko ihren Einflußbereich auf ganz Deutschland ausdehnen. Damit hätten sie ihr nächstes großes Ziel auf dem Wege zur Beherrschung Europas und zur Isolierung Amerikas erreicht. Dann stünde die Rote Armee vor den Toren Frankreichs und praktisch auch Großbritanniens. Stalin hatte nicht unrecht, als er kurz vor seinem Tode in einer Denkschrift, die man ruhig als sein Testament bezeichnen kann, seiner Hoffnung auf Zerfall der westlichen Welt Ausdruck gab. Als Molotow im Januar dieses Jahres nach Berlin ging, dachte er nicht daran, gegen den Preis des Verzichtes auf eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik freie Wahlen in ganz Deutschland zuzulassen. Ihm lag daran, lediglich eine Zustimmung zur Abhaltung einer Asienkonferenz zu erhalten, die in Genf stattfinden sollte. Mendès-France hat in Genf einen Waffenstillstand für Indochina ausgehandelt, wie er unter den gegenwärtigen Umständen wohl nicht besser zu erreichen war. Es besteht aber kein Zweifel, daß die Lösung, die für Indochina gefunden worden ist, eine wesentliche Stärkung des kommunistischen Einflusses in Südostasien darstellt und eine neue bolschewistische Machtposition geschaffen hat, deren Bedeutung die freie Welt erst zu spüren bekommen wird.

Wenn die Zeitung „Express“ die Absichten des französischen Ministerpräsidenten in dem vorhin erwähnten Artikel richtig darstellt, so scheint ihm zur Lösung der Deutschlandfrage eine Regelung nach dem Muster der Neutralisierung Indochinas vorzuschweben. Wir brauchen nicht eigens zu betonen, daß wir uns einer solchen Regelung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen werden, weil damit nicht die 18 Millionen Bewohner der Sowjetzone vom Bolschewismus befreit, sondern ganz Deutschland über die Neutralisierung zur Bolschewisierung gelangen würde.

Die Sowjets denken nicht daran, solange sie in Asien militärische Erfolge und in Europa politische Erfolge haben, auch nur einen Millimeter breit des von ihnen besetzten Territoriums freizugeben. Für sie wäre die angestrebte Viererkonferenz das Mittel, um das, was sie in Berlin zu Beginn des Jahres nicht erreichen konnten, nun am Ende des Jahres, nach den Erfolgen von Genf und Paris, um so sicherer erreichen zu können.

Die Haltung der deutschen Opposition

Mit einer nicht verhohlenen Genugtuung glaubt die Opposition aus dem Munde Herrn Ollenhauers feststellen zu können, daß die Außenpolitik des Bundeskanzlers gescheitert sei. Die Opposition tritt jetzt mit der Forderung hervor, eine „echte“ europäische Politik zu beginnen, die mit einer Viererkonferenz eingeleitet werden soll. Die Konferenz von Brüssel, bei der sich Belgien, Holland, Luxemburg und Italien mit der Bundesrepublik Deutschland völlig einig waren in dem Willen, an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im echten Sinn des Wortes festzuhalten, hat nicht die Isolierung des deutschen Bundeskanzlers, sondern die Isolierung des französischen Ministerpräsidenten gebracht. Auch Großbritannien und die USA haben eindeutig im Sinne der von Adenauer verfolgten Außenpolitik Stellung genommen. 7 : 1 war das hohe Ergebnis von Brüssel. Es ist bezeichnend für die Konfusion und für die Ziellosigkeit der sozialdemokratischen Pseudo-Außenpolitik, wenn sie jetzt dem Bundeskanzler und der Regierungskoalition ein Scheitern ihrer außenpolitischen Pläne vorwirft.

Merkt Herr Ollenhauer nicht, daß seine Freude über das Scheitern des EVG-Vertrages geteilt wird von den französischen Rechtsradikalen und von den französischen Kommunisten, mit denen beiden die sozialdemokratische Partei nicht das Geringste gemeinsam haben sollte? Merkt Herr Ollenhauer nicht, daß seine Genugtuung über das angebliche Scheitern der Außenpolitik Adenauers übertönt wird von dem Jubelgeschrei der kommunistischen Presse auf der ganzen Welt? Merkt Herr Ollenhauer nicht, daß seine Forderung nach einer Viererkonferenz unter diesen Umständen eine unmittelbare Unterstützung der sowjetischen Strategie und der in ihren Hintergründen noch nicht ganz durchsichtigen Politik des französischen Ministerpräsidenten ist?

Wir haben die Sozialdemokraten immer aufgefordert, uns eine echte Alternative zu der von uns befolgten Außenpolitik aufzuzeigen. Sie waren bisher nicht imstande dazu. Soll etwa ihr Beifall zu dem Ergebnis von Paris bedeuten, daß der in der Pariser Entscheidung gegen die EVG angebahnte Weg zur Neutralisierung Deutschlands etwa die von der SPD beabsichtigte Alternative ist? Die Sozialdemokraten sollten doch wirklich wissen, daß die ganze Entscheidungsfreiheit der europäischen Länder diesseits des Eisernen Vorhanges lediglich in der amerikanischen Sicherheitsgarantie begründet ist.

Die Amerikaner sind es müde geworden, diese Sicherheitsgarantie ohne konkrete politische Resultate in Europa auf unbestimmte Zeit zu geben. Wenn die amerikanische Sicherheitsgarantie eines Tages zurückgezogen wird, wofür die zunehmende Enttäuschung und Verärgerung in den USA ein ernstes Warnungszeichen ist, dann gibt es keine Entscheidungsfreiheit der europäischen Länder mehr. Dann werden sie für jeden politischen Schritt, den sie beabsichtigen, die Genehmigung vorher in Moskau einholen müssen. Es gilt jetzt auch für die Opposition, Adenauer aus parteitaktischen Gründen nicht in den Rücken zu fallen. Es gilt, gemeinsam mit ihm die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Nicht die Bundesrepublik Deutschland hat durch eine verfehlte Außenpolitik sich isoliert, sondern Frankreich hat durch die mit Hilfe der kommunistischen Stimmen herbeigeführte Entscheidung gegen die EVG Enttäuschung und Verärgerung der freien Völker hervorgerufen.

Wir haben immer erklärt, daß wir an der Politik der europäischen Einigung und der Gleichberechtigung Deutschlands festhalten werden. Auch das Ergebnis von Paris kann uns nicht irremachen, unsere Bemühungen in diesem Sinne fortzusetzen und die Hand der Versöhnung und Zusammenarbeit weiterhin gegenüber Frankreich auszustrecken. Wir haben aber auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir nach einem Scheitern der EVG ohne deutsche Schuld das politische und moralische Redet für uns in Anspruch nehmen, unseren Beitrag für die Verteidigung unserer Freiheit und für die Wiedervereinigung Deutschlands leisten zu dürfen.

Anrecht auf volle Souveränität

Die Bundesrepublik Deutschland darf nichts unternehmen und wird nichts unternehmen, um die Front der freien Völker noch mehr zu zersplittern und den sowjetischen Triumph nach der Pariser Entscheidung noch zu vergrößern. Wir haben die feste Überzeugung, daß die USA und Großbritannien nunmehr die nötigen Schritte unternehmen werden, um der Bundesrepublik Deutschland die volle Souveränität zu geben, die sie braucht, um weiterhin für Europa und für die Wiedervereinigung Deutschlands arbeiten zu können. Wir hoffen auch, daß genug Realismus bei den Vertretern der französischen Politik vorhanden ist, um dieses

Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht streitig zu machen.

Die Bundesrepublik Deutschland muß jetzt ihre volle Souveränität nicht gegen Europa, sondern für Europa fordern. Sie muß diese Souveränität beanspruchen, um den einzig konkreten Weg der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden mit den Großmächten des Westens gehen zu können. Solange Adenauer und seine Regierungsparteien für die Gestaltung des politischen Schicksals unseres Volkes verantwortlich sind, wird man gegen die Bundesrepublik nicht den Vorwurf erheben können, daß sie durch Blindheit gegenüber der Lage oder durch Unentschlossenheit in ernster Stunde dem bolschewistischen Vormarsch in Europa auch nur die geringste Hilfestellung leistet. Die nächsten Wochen und Monate werden beweisen, daß die vor fünf Jahren eingeleitete und bis zur praktischen Gleichberechtigung fortgesetzte Außenpolitik Adenauers und seiner Regierungsparteien, trotz des durch die Pariser Entscheidung aufgezwungenen Umweges, die einzige für die Bundesrepublik Deutschland richtige und mögliche Außenpolitik gewesen ist und in Zukunft sein wird.